



BESCHÄFTIGTEN EINE WIRKSAME STIMME SEIN

Blitzlichter aus der Arbeit des Hauptpersonalrates der Polizei

Wenn wir gemeinsam vor den Personalratswahlen auf das zurückblicken, was in der zu Ende gehenden Legislaturperiode alles geleistet wurde, machen wir dies, um das Vergangene gedanklich aufzuarbeiten und gleichzeitig Kraft für Neues zu schaffen. Und an neuen Herausforderungen mangelt es nun wirklich nicht. Trotz dessen, dass die politisch Verantwortlichen den hessischen Personalräten das Personalvertretungsrecht sprichwörtlich „zerschlagen“ haben, verstehen es die Personalräte in der Mehrzahl der zu behandelnden Fälle, den Beschäftigten eine wirksame Stimme und damit Gehör zu verleihen.

Plakativ nenne ich an dieser Stelle die zahlreichen Stufenvorgänge, die landesweit wegen Regressnahmen gegen Polizeibeschäftigte vorgelegt wurden. Für viele der Betroffenen hat sich die Einbindung der Personalräte letztlich ausgezahlt.

Personalratsarbeit ist kein Selbstzweck – nur im Team gelingt sie auch. Dabei sind die Interessen der einzelnen Polizeibehörden immer individuell abzuwägen und zu bewerten.

Das vielfach in unserer Gesellschaft verbreitete „Einzelkämpfertum“ führt in unserer Polizeifamilie nicht zum Ziel. Ein geschlossenes Auftreten unserer Mitglieder in den örtlichen Personalräten macht letztlich eine Personalvertretung stark. Unser gemeinsames Ziel ist es, gerade im Verbund mit den Personalräten in den Be-



Henning Möller (links) übergibt Jens Mohr Herr die Amtsgeschäfte als HPR-Vorsitzender.



Jens Mohr Herr ist Spitzenkandidat der GdP bei den Personalratswahlen im Mai.

hörden, alles daran zu setzen, Schaden und Verschlechterungen jedweder Art von euch allen abzuwenden. Dies ist im Übrigen auch der Gesetzesauftrag, den wir ernst nehmen.

Rückblick

Am 3. Oktober 2010 endete die offizielle Amtszeit des langjährigen Vorsitzenden des HPR, Henning Möller, nach über 22-jähriger Amtszeit.

Ich habe die Verantwortung in der Nachfolge nach meiner Wahl gerne angenommen. Seit 2004 bin ich in der Geschäftsführung des HPR aktiv, so dass die Arbeit nicht neu ist, aber mit Blick auf den Verantwortungsbereich sicher „anders“.

Im Innenministerium hat es personelle und organisatorische Veränderungen in den Referaten des Landespolizeipräsidiums gegeben. Landespolizeipräsident Münch hat nach seinem Amtsantritt erkannt, dass die Führungskultur innerhalb der hessischen Polizei „optimierungsbedürftig“ ist. Dies können wir nur unterstützen. Dennoch steht fest: Ein bloßes Verordnen einer neuen Führungskultur kann und wird nicht durchgängig funk-

nieren. Eine Führungskultur muss auf allen Ebenen gelebt werden.

Ausblick

Innenminister Boris Rhein bleibt auch nach den Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt am Main der oberste Dienstherr aller Polizeibeschäftigten. An dieser Stelle wünschen wir uns, dass in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen dennoch die besondere Belastung der Polizeibeschäftigten sowie deren gefahrensgeeignete Tätigkeiten im Konzert der Ressorts (Ministerien) künftig eine stärkere Beachtung zuteil wird. Konkret gehört aus meiner Sicht die 42-Stunden-Woche endlich abgeschafft!

Verhandeln statt verordnen

Die politisch Verantwortlichen haben längst erkannt, dass die gesetzlich festgeschriebene vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat der Polizei auch gelebt werden kann und muss. Sukzessive haben wir im Dialog mit Minister Rhein, Staatssekretär Koch, LPP Münch, dem Inspekteur der Polizei, Diehl, sowie den Referaten im LPP und mit den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern eine neue Gesprächskultur aufgebaut, bzw. die bestehende Zusammenarbeit noch stärker intensiviert. Dabei wird oftmals hart um Sachverhalte gerungen. Diesen begonnenen Weg wollen wir fortsetzen!

Arbeitszeit

Ohne Wertigkeiten der Sachthemen in der Reihenfolge festzulegen, hat auch die Gesamtthematik rund um die automatisierte Arbeitszeiterfassung IZEMA einen großen Anteil unserer Arbeit aufgezehrt.

Der Versionswechsel, die Beendigung des Pilotversuchs mit den damit verbundenen Rückführungen in das geltende Recht hatten insbesondere zum Jahreswechsel

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

2011/2012 zu großem Unmut im Beschäftigtenkreis geführt.

Gerade die derzeit anzuwendende Regelung für die Berechnung des Zusatzur-



laubes für den Schicht- und Wechselschichtdienst hat uns veranlasst, in vielen Verhandlungen und Gesprächen mit Staatssekretär Koch und LPP Münch eine Neuregelung für die hessischen Beamtinnen und Beamten einzufordern.

Unsere Forderung, in einer Vorgriffsregelung zum zweiten DRModG vorab und damit zeitnah umzusetzen, werden wir immer wieder nachkommen. Es kann aus unserer Sicht nicht der Zeitschiene des Gesetzgebungsverfahrens geschuldet sein, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Schicht- und Wechselschichtdienst benachteiligt werden! Dass eine, den besonderen Belastungen des Schicht- und Wechselschichtdienstes geschuldete Berechnung des Zusatzurlaubes möglich ist, zeigt der Blick ins benachbarte Bundesland Bayern.

Neuer Versetzungserlass

Die beabsichtigte Neufassung des derzeit gültigen Versetzungserlasses hat viele Kolleginnen und Kollegen seit Bekanntwerden des ersten und zweiten Entwurfs stark beschäftigt. Dies ist auch uns nicht verborgen geblieben, hatten wir doch in unzähligen Gesprächen die Gelegenheit, uns mit vielen Beschäftigten inhaltlich auszutauschen. An dieser Stelle soll noch einmal deutlich gemacht werden, dass es der HPR der Polizei war, der dem Vorhaben, einen neuen Versetzungserlass quasi über den Jahreswechsel 2010/2011 zu kreieren, eine deutliche Absage erteilt hat. Wir haben gemeinsam und in Abstimmung mit den örtlichen Personalräten „auf die Bremse getreten“. Wir wissen, wie wichtig dieser Themenkomplex für viele Polizeibeschäftigte hessenweit ist. Deshalb werden die Beratungen auch nicht einem Zeitdiktat unterworfen. Den Bedürfnissen der versetzungswilligen Kolleginnen und Kollegen einerseits, sowie den Strukturen aller elf personalbewirtschaftenden Behörden andererseits muss Rechnung getragen werden. Anfang April 2012 liegt dem HPR der Polizei noch

kein abschließender Entwurf zur Befassung vor.

Tarifrecht

Mit dem TV-Hessen verfügen wir aus meiner Sicht keinesfalls über „ein Jahrhundertwerk“. Unsere Tarifbeschäftigtenvertreter stellen unisono fest, dass es sich beim TV-H um einen „abgeschriebenen TV-L“ handelt. Nicht alles, was tarifrechtlich neu geregelt wurde, stößt auch auf durchgängige Akzeptanz. Die hessischen Tarifbeschäftigten haben aufmerksam Ende März 2012 zur Kenntnis genommen, dass der Bund und die Kommunen einen akzeptablen Abschluss im Rahmen der Tarifverhandlungen vereinbart haben. Durch den Austritt Hessens aus der Tarifgemeinschaft der Länder werden hier eigene Verhandlungen zu führen sein. Es muss künftig wieder klar sein, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt. Demnach kann es nur eine Eins-zu-eins-Übertragung der künftigen Tarifabschlüsse für die Beamtinnen und Beamten geben. Dafür hatten wir Personalräte in der Anhörung im Landtag zur beabsichtigten Tarifübertragung unseren Kolleginnen und Kollegen eine Stimme verliehen. Dafür werden wir auch weiterhin kämpfen und bei den politisch Verantwortlichen werben!

Personal

Nachdem, bedingt durch vorsätzliche Mindereinstellungen bei der Polizei und dem Einstellungsstopp im Tarifbereich, unsere Kolleginnen und Kollegen insbesondere auf den Basisdienststellen sprichwörtlich „auf dem Zahnfleisch“ gingen, konnte in den zurückliegenden Jahren – durch die starken Einstellungsjahrgänge – die Personalvakanzen etwas aufgefüttert werden. Wir wissen, dass hier noch keinerlei Entspannung angesagt ist. Weiterhin ist uns bewusst, dass Brennpunktdienststellen (Basisdienststellen) einer besonderen, der besonderen Belastung geschuldeten personellen Ausstattung bedürfen. Mit dem begonnenen Programm 300 – 3

sollen den Personalbewirtschaftern zusätzliche Stellen zugewiesen werden. Die Personalräte vor Ort werden dies ganz eng begleiten, damit das zusätzliche Personal auch dort ankommt, wo es gebraucht wird. Für den Tarifbereich fordern wir die Aufhebung des Einstellungsstopps und eine deutliche Erhöhung der zur Verfügung stehenden Höhergruppierungsmöglichkeiten.

Dienstbekleidung

In Sachen Ausstattung und Bekleidung ist der frische Wind, der nach der Einführung der blauen Dienstbekleidung 2007 wehte, deutlich abgeflaut. Viele Beschäftigte haben sich bei uns über den schlechten Kundenservice im LzBW, der teilweise schlechten Qualität einzelner Dienstbe-



Die Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen nimmt zusehends zu. Nicht nur die Ausrüstung und Dienstbekleidung müssen stimmen, sondern die hessische Polizei muss auch über ausreichendes Personal verfügen.

kleidungsstücke, zu lange Lieferzeiten, fehlende Dienstbekleidungsstücke im verfügbaren Ausstattungssoll nachhaltig beschwert. Auch das Erstellen und versenden von über 1500 Rechnungen an unsere Beschäftigten hat zu nachvollziehbarer Unzufriedenheit geführt! Wir haben in intensiven Gesprächen mit den Verantwortlichen im LPP Lösungen gesucht. So haben wir gefordert, dass die 1500 Rechnungen zügig abgearbeitet wurden.

Darüberhinaus ist geplant, endlich die Winterhose ab Oktober 2012 bestellbar vorzuhalten. Auch andere, bisher in Hessen nicht zum Ausstattungssoll gehörende Dienstbekleidungsstücke werden auf Einführung überprüft. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Kripo können mit hinterlegtem Guthaben alle Dienstbekleidungsstücke im LzBW bestellen, nicht nur wie bisher Sportbekleidung. Im Rahmen der anstehenden Länderkooperation mit Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sollen Synergien im Be-



BESCHÄFTIGTEN EINE WIRKSAME STIMME SEIN



Beharrlichkeit zahlt sich aus! Nicht nur das Nachführfahrzeug für die PAST'en, sondern auch das neue Brandermittelfahrzeug u. a., sind der Beweis für innovative Personalratsarbeit.

kleidungswesen gewonnen werden. Ob dies zur Folge haben wird, dass sich die Kaufkraft unserer Polizeibeschäftigten verbessert, bleibt abzuwarten, sollte aber ein angestrebtes Ziel sein.

Einsatzmaßnahmen – Gewalt gegen Polizeibeschäftigte nimmt zu!

Großlagen mit herausragender Bedeutung haben in den letzten vier Jahren die Polizei immer wieder herausgefordert. Herausragende Lagen waren dabei die Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft, die beiden Innenministerkonferenzen in Wiesbaden sowie anlassbezogene Demonstrationen aus dem linken und rechten Spektrum. Neben der Einsatzpolizei kamen unsere Alarmhundertschaften dabei immer wieder zum Einsatz. Ende März 2012 erreichte die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte beim sogenannten „Europäischen Aktionstag gegen den Kapitalismus“ in Frankfurt am Main einen neuen Höhepunkt. Die Polizei gerät zunehmend in den Fokus von Kriminellen, die das Versammlungsrecht missbrauchen. Hier fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, die gesetzliche Strafandrohung endlich zu verschärfen!

Auch die immer stärker zunehmende Gewalt rund um die Fußballeinsätze, bis hinunter in die 4. Liga, belasten unsere Kolleginnen und Kollegen nahezu von Spieltag zu Spieltag.

Arbeitsplatz- und Wachenprogramm

Rund um die Arbeitsplätze der Polizeibeschäftigten gingen auch in den letzten vier Jahren unsere Bemühungen. Nachdem es gelang, den Fuhrpark als Arbeitsplatz weitestgehend und gerade durch die Impulse unserer Beschäftigten zu verbes-

sern, haben wir im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel die Anzahl der Steh-/Sitztische in den Behörden weiter erhöhen können. Auch konnten wir einige renovierungsbedürftige „Wachen“, die seit zwei Jahrzehnten nicht mehr modernisiert wurden, mit Rat und Tat unterstützen. Im Wesentlichen laufen vereinzelt noch Umbaumaßnahmen, die sicherlich nach deren Fertigstellung „landesweiten Pilotcharakter“ für andere Dienststellen haben werden. Wir wollen unter Beteiligung der Spezialisten und der Beschaffer einen Pilot-Wachtisch kreieren, der sicherlich für viele Dienststellen Modellcharakter haben kann. Auch haben wir im Rahmen des Arbeitsplatzprogramms unsere begonnenen Bemühungen fortge-



Ob es um Verbesserungen beim Einkommen, soziale Leistungen oder andere Maßnahmen geht, sollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes immer hinten anstehen. Sie müssen sprichwörtlich „Die Suppe, die ihnen andere eingebracht haben“, selbst auslöffeln.

setzt, Dienststellen auf Antrag mit Fitnessräumen auszustatten bzw. hochqualitatives Trainingsgerät zur Verfügung zu stellen.

Neuer Dienstausweis

„Der Versuch mit dem neuen Dienstausweis im Scheckkartenformat“ blieb im Versuchsstadium stecken und war absehbar nur von kurzer Dauer. Nachdem sich die Beschwerden der Polizeibeschäftigten häuften, haben unsere konkreten Vorschläge, die immer wieder frischen Wind aus den Kreisen der Beschäftigten erhielten, im Rahmen unserer Erörterungen gefruchtet. Das LPP wurde beauftragt, einen neuen funktionalen Dienstausweis zu kreieren. Ohne den genauen Termin für die Einführung des „Neuen“ vorhersagen zu können, gehen wir davon aus, dass es im Frühjahr 2013 soweit sein wird. Wichtige Merkmale des Dienstausweises sind neben einer professionellen Herstellung sicherlich auch die Funktionalität, die auch

durch eine Implementierung eines RFID-Chips gegeben sein soll. Damit wären die Beschäftigten u. a. in der Lage, mit dem Dienstausweis entsprechende Türöffnungssysteme auf den Dienststellen betätigen zu können.

IT-CLIENT 2011

Unsere IT-Landschaft sollte nach deren Anschaffung im Jahr 2007 eigentlich bereits 2011 ausgetauscht werden. Der landesweite Roll-Out wurde aber verschoben und hat nunmehr Mitte März diesen Jahres begonnen. Nach und nach werden hessenweit Dienststellen mit den neuen Geräten beliefert und die Softwarelandschaften aufgespielt. Wir hoffen, dass der Roll-Out ohne große Komplikationen für unsere Beschäftigten, die im täglichen Dienstbetrieb auf die IT-Landschaft angewiesen sind, ablaufen wird.

Föderalismusreform

Durch die im Jahr 2006 begonnene Föderalismusreform wurden Erneuerungen von Gesetzen und Verordnungen angestoßen. Auch diese Neuregelungen haben einen festen Platz in unseren Sitzungen. Im Rahmen von Gesetzesanhörungen sind primär die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften befasst. Dennoch haben wir im Hauptpersonalrat im Rahmen unserer Gespräche mit der Hausspitze regelmäßige Informationsaustausche geführt. So haben wir zum Beispiel auch die Auszahlung von Leihengeld für die Studierenden gefordert. Wir sind bemüht, dass auch hier im Vorgriff auf das 2. DRModG eine explizite Regelung erfolgen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bewerben sich viele Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der Gewerkschaften um euer Vertrauen. In diesem Kontext bestimmen es die Kolleginnen und Kollegen vom 21. bis 25. Mai 2012, welche Kandidatinnen und Kandidaten der Listen in den neuen (örtlichen) Personalräten und im Hauptpersonalrat der hessischen Polizei vertreten sein werden. Alle kandidierenden Kolleginnen und Kollegen tun dies nicht aus Selbstzweck sondern aus Überzeugung für die Beschäftigteninteressen zu streiten! Es braucht eine hohe Wahlbeteiligung eurerseits, damit wir, ausgestattet mit starkem Rückhalt, auch künftig eure Interessen mit starker Stimme in den Verhandlungen vertreten können!

**Euer
Jens Mohrherr**



Deine Stimme für die GdP – Liste 1 wählen

Was zählt, bist du!

Andreas Grün
Lothar Luzius
Heike Monk
Ute Schaft-Paetow
Holger Schmidt
Kerstin Wöhe
Dirk Carsten Wussow
Bezirksgruppe Mittelhessen

Jürgen Aschenbrenner
Rudi Blum
Beate Gretzschel
Lothar Hölzgen
Daniel Klimpke
Melanie Schwirtlich
Simone Sieger
Peter Wittig
Bezirksgruppe Westhessen

Jörg Ehlig
Marika Hertling
Ralf Humpf
Matthias Lange
Bernd Petri
Heinz Schiskowsky
Bezirksgruppe
Polizeizentralbehörden

Martina Freimuth
Maike Gilfert
Jens Mohrherr
Valentin Müller
Detlef Otto
Sandra Temmen
Joachim Vollmer
Patrick Wessel
Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei

Maik Bretschneider
Marianne Diefenthaler
Mirko Emejdi
Michael Hanke
Oliver Hoog
Christoph Kunz
Giovanni Li Fonti
Wolfgang Link
Petra Moosbauer
Elke Oswald
Karin Schäfer
Christian Schwarz
Silvia Schwegel-Otto
Bezirksgruppe Frankfurt



Jörg Bruchmüller
Iris Icke
Stefan Rüppel
Simone Sauerländer
Klaus Vestweber
Romio Zeytun
Bezirksgruppe Nordhessen

Karsten Bech
Ewald Gerk
Esther Jaekel
Conny Jehnert
Manfred Schäfer
Jan Schneider
Ruth Steinberg
Michaela Winkler
Bezirksgruppe Osthessen

Thomas Heberer
Ute Huber
Markus Hüschentbett
Gabriele Mickler
Thorsten Pfeiffer
Günter Sabietzki
Tina Sauer
Jörg Schumacher
Ute Wisocky
Bezirksgruppe Süd-Osthessen

Markus Briesemann
Monika Duric
Jörg Hartweck
Susanne Lorz
Michael Majewski
Annerose Meierewert
Antonio Pedron
Friedrich Rindfleisch
Sigrid Schlicksupp
Jutta Schütz
Michael Schweikert
Claudia Strack
Reinhard Wittke
Bezirksgruppe Südhessen



TARIFEINIGUNG FÜR BUND UND KOMMUNEN

Ordentliche lineare Erhöhung der Tabellenentgelte bei Bund und Kommunen



Heinz Schiskowsky ist der Tarifexperte im GdP-Landesvorstand und Mitglied in den Tarifkommissionen.

Am späten Nachmittag des 30. März 2012 wurde nach dreitägigen Verhandlungen folgendes Tarifiergebnis erzielt:

Gehaltssteigerungen

Rückwirkend zum 1. März 2012 wird das Gehalt um 3,5 Prozent, zum 1. Januar 2013 um weitere 1,4 Prozent und zum 1. August 2013 ebenfalls um weitere 1,4 Prozent im Monat erhöht. Damit wurde der Trend der Vergangenheit (der Reallohnverlust) für 2012 und 2013 gestoppt.

Alle beteiligten Gewerkschaften, so auch die GdP, gehen davon aus, dass die-

ses Tarifiergebnis auch auf den Beamtenbereich übertragen wird. Das wurde durch Bundesinnenminister Friedrich auch so in Aussicht gestellt.

Entgelterhöhung der Auszubildenden und Praktikanten

Rückwirkend zum 1. März 2012 wird eine monatliche Erhöhung um 50 Euro und zum 1. August 2013 monatlich um weitere 40 Euro gezahlt. Somit werden die Ausbildungsvergütungen in zwei Stufen um insgesamt 90 Euro erhöht. Ebenfalls werden Fahrtkosten zum Besuch einer auswärtigen Berufsschule erstattet, soweit sie monatlich 6 Prozent des Ausbildungsentgelts für das 1. Ausbildungsjahr übersteigen.

Urlaubsdauer wurde neu vereinbart

Bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage beträgt der Urlaubsanspruch in jedem Kalenderjahr 29 Arbeitstage und nach dem vollendeten 55. Lebensjahr 30 Arbeitstage.

Für alle, die bereits Anspruch auf 30 Tage Urlaub hatten bzw. die bis zum 31. Dezember 2012 das 40. Lebensjahr vollenden und deren Arbeitsverhältnis über den 31. Dezember 2011 fortbestanden hat, gehen diese 30 Urlaubstage in den Besitzstand über. Auszubildende erhalten 27 Urlaubstage.

Ohne Einbeziehung des BAG-Urteils zur altersabhängigen Staffelung der Ur-

laubsdauer hätte es mit den Arbeitgebern keinen Abschluss gegeben. Es wäre ansonsten zu einer arbeitgeberseitigen Kündigung der Urlaubsregelung gekommen. Das hätte einen Rückfall auf die Regelung des Bundesurlaubsgesetzes mit 24 Werktagen nach sich gezogen.

Auch eine Übernahmeregelung für Auszubildende wurde getroffen. Sie werden nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung bei dienstlichem Bedarf im unmittelbaren Anschluss an das Ausbildungsverhältnis für die Dauer von zwölf Monaten in ein Arbeitsverhältnis übernommen, sofern nicht im Einzelfall personen-, verhaltens- oder betriebsbedingte Gründe entgegenstehen. Im Anschluss daran werden sie bei entsprechender Bewährung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Voraussetzung ist allerdings, dass eine freie und besetzbare Stelle vorhanden ist.

Fazit

Die vorgenannten Tarifregelungen treten mit Wirkung vom 1. März 2012 in Kraft und haben eine Laufzeit bis zum 28. Februar 2014.

Diese Tarifeinigung wird auch für die Verhandlungen des Ländertarifvertrages (TV-L) sowie den Tarifvertrag Hessen (TV-H) im Jahre 2013 richtungsweisend sein. Diese beiden Tarifverträge laufen zum 31. Dezember 2012 aus und müssen dann neu verhandelt werden.

Heinz Schiskowsky

BRIEFE AN DIE REDAKTION

60 Jahre GdP-Mitglied

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

über die Urkunde für 60 Jahre Mitgliedschaft habe ich mich gefreut und danke allen, die die Erinnerungsurkunde initiiert haben, recht herzlich. **60 Jahre sind keine Kleinigkeit.**

Als Jubilar ist man in der Regel nicht ausgenommen, wenn der Zeitraum als Erinnerungsanlass vor dem geistigen

Auge vorbeizieht. Dennoch gibt es möglicherweise Anlass, kleine Korrekturen anzubringen oder als Nachtrag, Ergänzungen anzuhängen. Deshalb habe ich einen solchen kleinen Ergänzungsgedanken. Ich empfehle der Vollständigkeit wegen, dass wohl eine entsprechende Veröffentlichung angebracht wäre.

Wer 60 Jahre erlebt, erfahren hat oder auch nur am Rande als Zeuge zugegen

war, weiß ein Vielfaches an Erfahrung zu berichten, um auch den Nachfolgenden im Dienst vielleicht mit solchen Ergänzungen in Erfahrungs- oder Tätigkeitsnachweisen Aufmerksamkeit zu widmen.

Andernfalls bleibt es Zeitzeugen überlassen, wie sie damit umgehen.

Fortsetzung auf Seite 6



BRIEFE AN DIE REDAKTION

Fortsetzung von Seite 5

Als Zeitzeuge vermag ich z. B. zur GdP-Aktivität schon früh zu berichten:

Es war wohl im Verlauf des Jahres 1951 deutlich geworden, einer Aufbruchstimmung zur gewerkschaftlichen Aktivität in der Polizei Schützenhilfe zu leisten. Es gab zwar noch keine ausgesprochene Polizei-Gewerkschaft, aber innerhalb der ÖTV-Hauptfachabteilung Polizei gab es beachtliche und erfolgreiche Ansätze hierfür.

Eine nicht übersehbare Hilfe hat damals der ehemalige Leiter der Abteilung III öffentliche Sicherheit beim HMdI (MR Keil) geleistet. Ich erinnere mich an eine der ersten Dienstversammlungen

mit über 60 Polizeianwärtern. Der jungen Polizei – damals als Gendarmerie organisiert, der aufmerksame Zuhörer für seine Ausführungen verzeichnen konnte.

Es war erkennbar, dass die Polizei und die Verwaltung mit ihren Organisations-sorgen nicht nur an einem Tisch, sondern zu gemeinsamen Überlegungen und Maßnahmen veranlasst wurden. Ähnliche praktische Erfahrungen mussten für die Bewältigung der Alltagsproblemstellungen beiderseitig genutzt werden.

Als aufbauwillige junge Nachwuchsbeamte konnten wir unser Bestes geben.

Herr Keil war als früherer ehemaliger junger Beamter der Darmstädter-BP für uns ein willkommener Zeitzeuge. Die Gendarmerieanwärter Karl Hill, Josef

Vorbeck u. a. hatten doch im Einsatz gegen polnische Plünderer, außer einer militärischen Einsatzerfahrung, in der Bekämpfung wenig Praxis, aber eine Anzahl kriegserfahrener ehemaliger Berufssoldaten, Offiziere und Beamte boten ein gutes Anfangskapital.

Ergänzt wurde dieses durch den ehemaligen LR-Gy. Stieler (wurde später Polizeipräsident in Aachen) sowie Cpt. Semper von der US-Militärregierung in Fulda. Diese Unterstützungen, oftmals waren es Kleinigkeiten wie z. B. Kraftstoff, für die junge Gendarmerie waren zum Überleben dringend erforderlich. Denn ohne sie wären wir machtlos gewesen.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Hill

Personalratswahlen 2012



Stärke braucht Stimme!

Leserbrief zur GdP-Aktion:
5 Euro für jede Stunde DuZ

Sehr geehrte Damen und Herren, da sich seit drei Jahrzehnten die Zulage für Wechselschicht nicht erhöht hat und lediglich von 100 DM in 51,13 Euro umgewandelt wurde, ist Ihre Forderung schon lange überfällig. Für 70 Nachtdienststunden, wenn sie in der Woche liegen, wird DuZ von ca. 91 Euro gezahlt. Für Verzicht auf Familie und Freundeskreis sollte auch eine angemessene Bezahlung erfolgen.

Gerade der Schichtdienst ist zu Zeiten der heutigen „Partygesellschaft“ in Zeiten von Drogen- und Alkoholexzessen und damit verbundener Aggressionen besonders belastet. Diese Erfahrung basiert auf eigene Erfahrungen, die wir mittlerweile auch in der Fläche machen. Es geht auch gar nicht um spektakuläre Angriffe auf Polizeibeamte, sondern um alltägliche Erlebnisse.

Schon die o. a. Wechselschichtzulage ist in dieser Höhe nicht mehr gerechtfertigt.

Ich wünsche mir von beiden Gewerkschaften in diesem Themenbereich eine konsequente und konstruktive Durchsetzung auch der Interessen des Schichtdienstes. Ich habe manchmal das Gefühl, dass viele Kollegen/-innen sich nicht bewusst sind, dass es Polizisten gibt, die eine 24-Stunden-Betreuung des Bürgers gewährleisten. Von den negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Schichtdienstes will ich hier gar nicht reden.

Ich bin zwar Mitglied der „anderen“ Gewerkschaft, verfolge aber mit Interesse Forderungen und Absichtserklärungen aller Personalvertretungen. Anmerken möchte ich noch, dass wir mit einem Blick in die freie Wirtschaft nicht unzufrieden mit unserer Situation sind. Dennoch ist gerade hinsichtlich guter Aufklärungsquoten bei weniger Personal eine gerechte Bezahlung fair und korrekt. Allein der Hinweis auf knappe Kassen sollte hier nicht als Argument gelten.

Ich würde mich über eine Antwort freuen und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Heiko Hasenstab
Polizeistation Dillenburg



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



Stärke braucht Stimme!

Vom 21. bis 25. Mai 2012 wählen die Polizeibeschäftigten ihre Personalräte. Dabei haben sie die Möglichkeit, sich auf örtlicher Ebene (örtlicher Personalrat) sowie auf Landesebene (Hauptpersonalrat) für die Kandidatinnen und Kandidaten zu entscheiden, denen sie auch für die nächsten vier Jahre ihr Vertrauen schenken wollen.

Im Vorfeld haben die Gremien innerhalb der GdP in einem demokratischen Prozess Wahlvorschläge zusammengestellt, damit möglichst viele Organisationsbereiche in den Präsidien und den polizeilichen Einrichtungen vertreten sind. Wir wollen unserem Motto treu bleiben: GdP – EINE für ALLE. Dieser Findungsprozess ist erfahrungsgemäß nicht immer einfach, da die Mandate in den Personalratsgremien außerordentlich begrenzt wurden.

Umso mehr freut es mich, dass es uns gelungen ist, eine Mannschaft aufzustellen, die kritisch, kompetent, geschlossen



Jörg Bruchmüller.

Nestwärme der politisch Verantwortlichen gesucht und gefunden wurde und dabei unter Missachtung der Tarifautonomie fragwürdige Ergebnisse zur Wochenarbeitszeit und Einkommensverbesserung „verhandelt“ wurden, sollte dieser Umstand nachdenklich machen. Dabei kommt es naturgemäß dem Dienstherrn entgegen, wenn er nach dem Prinzip „teile und herrsche“ mit möglichst vielen kleinen Verhandlungspartnern verhandeln kann, die nur ihre Partikularinteressen wahrnehmen wollen.

Die aktuelle hessische Landesregierung hat unter ihrer Verantwortung das hessische Personalvertretungsrecht gleich zweimal zum Nachteil der Polizeibeschäftigten beschnitten, indem Mitbestimmungsrechte und Personalräte/Personalratsmitglieder auf ein Niveau abgesenkt wurden, wie es in der gesamten Re-

publik seinesgleichen sucht. Selbst in Bayern verfügen die Polizeipersonalräte über deutlich bessere (Personal-)Ressourcen als in Hessen. Losgelöst von einem ausgeprägten Demokratieverständnis, sollte daher dieser Umstand für alle Polizeibeschäftigten eine besondere Motivation sein, ihr Wahlrecht zu nutzen und zur Wahl zu gehen.

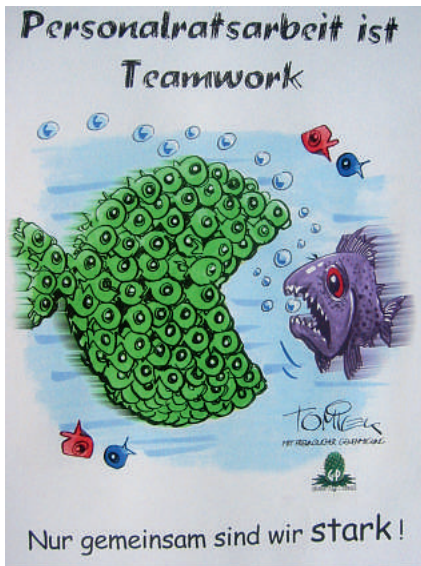
Eine schlechte Wahlbeteiligung wäre nicht nur Ausdruck von Desinteresse, Gleichgültigkeit und Resignation, sondern für die Politik ein klares Zeichen, mit verschlechterten Arbeitsbedingungen und Einsparpotenzialen genau da weiter zu machen, wo der Widerstand am geringsten ist.

Nachhaltig klingen mir noch die Worte Joachim Gaucks anlässlich seiner Antrittsrede zum Bundespräsidenten im Ohr, als er sinngemäß sagte, dass er überglücklich sei, in Freiheit an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft mitwirken zu können und er deswegen in Zukunft niemals eine Wahl versäumen werde.

Die Beschäftigten der hessischen Polizei entscheiden Ende dieses Monats, wem sie für die nächsten vier Jahre das Vertrauen aussprechen wollen. Für die nahe Zukunft bedarf es mehr denn je starker Personalräte, die möglichst von allen Beschäftigten innerhalb unserer Polizei getragen werden. Verhandlungen mit den Regierenden auf Augenhöhe und mit gegenseitigem Respekt, das ist unser Anspruch.

**Deshalb: Stärke braucht Stimme!
Wahlrecht ausüben – Personalräte stärken – GdP wählen!**

Jörg Bruchmüller
GdP-Landesvorsitzender



und hoffentlich, mit großem Vertrauen und Stärke ausgestattet, den Behördenvertretern Paroli bieten kann. Denn es geht schlichtweg darum, weitere materielle Verschlechterungen (Beihilfe, Abkopplung von Tarifergebnissen) zu verhindern.

Dies ist auch bitter notwendig, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass Solidarität nicht zwingend selbstverständlich ist: Wenn aus den Reihen anderer Beschäftigtenvertreter außerhalb der GdP die

Personalratswahlen 2012



Stärke braucht Stimme!



Landesehrenbrief für Hilmar Lorenz und Dieter Brack

Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Bertram Hilgen, ehrte jüngst im Rathaus der Stadt Kassel die langjährigen Gewerkschafter Hilmar Lorenz und Dieter Brack, beide von der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Kassel, für ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement.

Hilmar Lorenz wurde Ende der siebziger Jahre in den Vorstand der GdP Kassel gewählt und war seit Anfang der achtziger Jahre Mitglied im Personalrat des damaligen Polizeipräsidiums Kassel. Ab 1984 war er dann auch für zwölf Jahre freigestellt. In der Kreisgruppe Kassel wurde er sehr schnell stellvertretender Vorsitzender und behielt dieses Amt bis 1999 inne. Nach seiner Pensionierung im Jahr 2001 übernahm er die Betreuung der Senioren in der Kreisgruppe, später auch auf Bezirksebene als Seniorensprecher für die KG Kassel. Über die gewerkschaftliche Arbeit hinaus engagierte sich Lorenz im Polizeichor Kassel, dessen Gründungsmitglied er in 1985 war und übernahm auch einige Jahre dessen Vorsitz. Noch heute ist er aktiver Sänger und organisiert die Seniorenarbeit in der GdP Kassel.

Dieter Brack wurde ebenfalls Anfang der achtziger Jahre in den Kreisgruppenvorstand der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Kassel, gewählt und über-



Erinnerungsfoto (v. l.): Jörg Bruchmüller, Hilmar Lorenz, Bürgermeister Kaiser, Dieter Brack, Oberbürgermeister Bertram Hilgen und Volker Zeidler.

nahm dort den Fachbereich Tarif, den er zusammen mit Bernd Junkermann ausfüllte. Gleichzeitig mit Hilmar Lorenz wurde er Mitglied im Personalrat des damaligen PP Kassel und setzte sich dort bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2007 für die Angestelltenbelange ein. Über seine Personalrats- und Gewerkschaftstätigkeit hinaus auch in seinem StadtteilSportverein VfB Süsterfeld. Dort leitete er viele Jahre die Abteilung „Jedermann Sport“. Als der Vorstand durch den Versicherungsmakler Mehmet Göker übernommen wurde, der mittlerweile durch seinen 60-Millionen-Konkurs bundes-

weit Schlagzeilen machte, spaltete Dieter in weiser Voraussicht seine Abteilung ab, ließ alle Mitglieder mit ihm gemeinsam austreten und gründete einen neuen Sportverein. Bis heute organisiert er auf Bezirks- und Kreisgruppenebene Veranstaltungen der GdP und übernahm in den vergangenen Jahren die technische und organisatorische Betreuung der überregionalen Radtouren auf Landes- und Bundesebene der GdP, so unter anderem im vergangenen Jahr die „Tu was!“-Tour der Bundes-GdP für mehr bürgerschaftliches Engagement gegen Gewalt.

Volker Zeidler, GdP Kassel

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Eckhard Böhle
Thomas Frowein
Dirk Höf
Klaus Kuenzel
 Kreisgruppe Wolfhagen
Carmen Königs-Kulla
Antje Keller
Gunnar Acker
Carsten Hennemann
Carsten Gerlach
Dieter Rost
Walter Weber
Frank Weber
 Kreisgruppe Kassel

Simone Beierl
Michael Böres
Heinz Jürgen Knoch
Michael Köllisch
Peter Lesch
Uwe Mauer
Michael Naase
Roland Rieder
Björn Siebert
Heike Siebert
Klaus Simon
Sabine Stefani
Roland Wacker
Kirsten Wessel
 Kreisgruppe Offenbach

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Robert Grau
Eckhard Siebert
 Kreisgruppe Wolfhagen
Christian Flecke
 Kreisgruppe Kassel
Martin Brähler
Siegfried Fröhlich
Roland Geyer
Peter Heller
Arno Kochwasser
Alexander König
Werner Oberschelp
Rudolf Sattler
Willi Sperzel
 Kreisgruppe Offenbach

ES VERSTARBEN

Erika Seuthe
 Kreisgruppe Main-Kinzig
Herbert Gollent
 Kreisgruppe Limburg-Weilburg
Artur Kümmel
 Kreisgruppe Gießen-Wetzlar
Elfriede Fischer
 Bezirksgruppe Frankfurt
Eric Mai
 Kreisgruppe Offenbach

*Wir werden den Verstorbenen
 ein ehrendes
 Andenken bewahren!*

